

INHALT

1. Investitionen sinken auf Stand von 1978 – ohne Inflationsausgleich
2. HSH-Nordbank: CDU fordert Reduzierung der Kreditermächtigungen
3. Koalitionsabgeordnete in namentlicher Abstimmung für so genannten Polizeibeauftragten
4. CDU zu Diskussion über Mindestabstände bereit

16.12.2015

Investitionen sinken auf Stand von 1978 – ohne Inflationsausgleich SPD, Grüne und SSW verabschieden Haushalt für 2016

SPD, Grüne und SSW haben heute gegen die Stimmen der gesamten Opposition den Haushalt für das Jahr 2016 beschlossen. Unmittelbar vor den heutigen Beratungen hatte SPD-Fraktionschef Ralf Stegner bekannt gegeben, dass der von der CDU seit langem kritisierte Koalitionsbeschluss, Polizeistellen zu kürzen, aufgehoben wurde. Dies habe man bereits vor Monaten entschieden. Innenminister Studt habe sich „gefremt wie Bolle“, aber Stillschweigen gewahrt, ließ Stegner sich zitieren.

CDU-Fraktionschef Daniel Günther griff diesen Punkt zum Einstieg in seine Rede auf. „Das zeigt, wie vorsätzlich unseriös sie arbeiten. Im Vergleich zu Ihnen waren die HSH-Banker ehrenhafte Kaufleute“, so Günther. Denn noch am 29. September habe Finanzministerin Heinold diese Kürzungen an den Stabilitätsrat gemeldet. Am 10. Dezember sei daraufhin die Nachricht gekommen, dass Schleswig-Holstein 80 Millionen Euro Konsolidierungshilfe bekomme. Wenn die Koalition sich jedoch seit Monaten auf eine Streichung der Kürzungen verständigt hatte, dann sei diese Meldung nichts anderes als Betrug gewesen, betonte Günther.

Die gesamte Haushaltsargumentation der Koalition arbeite nach dem gleichen Muster. So habe SPD-Chef Stegner am Vormittag der CDU aufgrund ihres Vorschlages, die Schülerrichterstellen zu kürzen, vorgeworfen, keine Förderung der Schwächsten und damit keine Entlastung der Lehrkräfte bei der Inklusion zu wollen. „Sie verschweigen, dass wir damit im Gegenzug Lehrstellen bezahlen wollen, die gerade an den Förderzentren für die Inklusion gebraucht werden. Das ist unseriös“, so Günther.

Ansonsten würden SPD, Grüne und SSW zu keiner einzigen Mehrausgabe eine Gegenfinanzierung vornehmen: „Sie setzen einzig und allein auf Steuerermehreinnahmen und Schulden. Ihre Politik geht komplett zu Lasten kommender Generationen“, so Günther.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende ging auch auf die Pläne der Koalition ein, einen Polizeibeauftragten zu schaffen. Am Vortag habe die Grüne Eka von Kalben alle an der Flüchtlingshilfe Beteiligten als „Helden des Jahres“ bezeichnet. „Am meisten tun in diesem

Bereich die Polizisten. Und die bekommen zum Dank nun eine weitere Stelle vorgesetzt, bei der sich Menschen über sie beschweren können“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende.

Zuvor hatte CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch betont, dass angesichts der Ausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingssituation keine Landesregierung ursprünglich geplante Haushaltsansätze hätte einhalten können. „Als CDU-Fraktion tragen wir alle diese Ausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingssituation uneingeschränkt mit“, so Koch. Neben den über 800 Mio. Euro für Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge sehe die CDU allerdings auch 1,5 Mio. Euro für die Wiederinbetriebnahme der Abschiebehafteinrichtung in Rendsburg vor. „Wenn abgelehnte Asylbewerber konsequent abgeschoben werden sollen - wie es auch die SPD Parteispitze fordert - dann braucht es auch solche Instrumente. Es ist unehrlich und verlogen die Einrichtung im eigenen Land zu schließen, nur um dann die Abschiebehaft in anderen Bundesländern durchzuführen“, so Koch.

Der CDU-Abgeordnete warf SPD, Grünen und SSW vor, in den vergangenen drei Jahren seit der Regierungsübernahme die Konsolidierung des Haushaltes aufgegeben zu haben. „Sie haben sich auf den Einsparungen der Vorgängerregierung ausgeruht, haben von fallenden Zinsausgaben und steigenden Steuereinnahmen profitiert. Ausgabenkürzungen waren und sind für diese Regierung dagegen ein Fremdwort!“

SPD, Grüne und SSW hätten im Jahr 2016 rund 2 Milliarden Euro mehr an Ausgabenspielraum zur Verfügung, als dies bei CDU und FDP im Jahr 2012 der Fall war. „Schon an dieser Größenordnung wird deutlich, dass die Entwicklung nicht allein mit den Flüchtlingen zu begründen ist. Die Flüchtlingsausgaben treffen zudem alle Bundesländer gleichermaßen und trotzdem steigen die Ausgaben in Schleswig-Holstein stärker, als im bundesweiten Vergleich“, so Koch. So wie die Landesregierung agiere, könne man in der Tat den Eindruck gewinnen, dass die Flüchtlinge nur als Vorwand und Alibi für Alles und Jedes herhalten müssen: Für die Forderung nach Steuererhöhungen, als Begründung für den Ausgabenanstieg, für den Verzicht auf Ausgabenkürzungen, für das Nichteinhalten der Schuldbremse und auch für das Abweichen vom Stellenabbau Pfad.

So lasse sich der Ministerpräsident neben den – auch von der CDU unterstützten - rund 1.000 Stellen im Flüchtlingsbereich gleich auch noch 31 zusätzliche Stellen für das Dienstleistungszentrum Personal genehmigen. „Hier wird einfach versucht, im Windschatten der zusätzlichen Stellen für Flüchtlinge gleich noch die offenen Baustellen aus dem Desaster bei KoPers und e-Beihilfe zu schließen“, betonte Koch. Der Haushaltsentwurf und der Antrag der Regierungsfractionen offenbare in aller Deutlichkeit das finanzpolitische Versagen dieser Landesregierung. Während die zusätzlichen Flüchtlingsausgaben den Landshaushalt an die Grenze der Belastbarkeit bringen, würden weiterhin Biotopkartierung, Denkmäler erfasst, Bürokratiekosten in Millionenhöhe durch Tariftreue- und Vergabegesetz geschaffen, es würden Gelder für eine Spendenplattform eingesetzt, die weniger einbringe als sie koste, für das neue Bibliotheksgesetz würden 500.000 Euro aufgewendet, es würden zusätzliche Mittel für Krisenkommunikation bereitgestellt und Gutachten für die "Entwicklung von Parametern zur Messung der Wirtschaftskraft nach nachhaltigen Kriterien" finanziert.

Dagegen würden den KiTas lediglich die freiwerdenden Bundesmitteln aus dem Betreuungsgeld weiter geleitet. Die CDU-Fraktion wolle statt dessen zur Qualitätsverbesserung an KiTas im kommenden Jahr 20 Millionen Euro ausgeben.

Auch das wichtige Thema der Inklusion an Schulen wollten SPD, Grüne und SSW mit einer Billiglösung bewältigen. Für die pädagogische Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen würden jedoch keine Hilfskräfte benötigt, sondern ausgebildete Lehrkräfte und Sonderpädagogen. „Deshalb verwendet die CDU-Fraktion die für die Schulassistenten

eingepflanzten Mittel und Stellen vollständig dafür, zusätzlich 280 Lehrerstellen an Grund- und Förderschulen zu schaffen“, so Koch.

Ohne die Investitionen für die Unterbringung der Flüchtlinge fielen darüber hinaus die Investitionsausgaben auf den niedrigsten Stand seit fast 30 Jahren! „Und selbst dieser Vergleich fällt noch viel zu schmeichelhaft aus, denn selbstverständlich hatten 600 Mio. Euro im Jahr 1978 eine ganz andere Kaufkraft als im Jahr 2016“, so Koch.



Tobias Koch, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

HSH-Nordbank: CDU fordert Reduzierung der Kreditermächtigungen

Günther: Landesregierung will Neubefassung vor den kommenden Wahlen um jeden Preis verhindern



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Heute wurde in erster Lesung über das von Finanzministerin Monika Heinold ausgehandelte „Paket“ zu Neuordnung der HSH-Nordbank beraten. Am Freitag steht die Abstimmung an. Die Hamburger Bürgerschaft hat bereits am 9. Dezember zugestimmt.

Der „hsh portfoliomanagement AöR“ sollen nach dem Willen der Landesregierung Kreditermächtigungen von 6,2 Milliarden Euro zur Übernahme fauler Schiffskredite genehmigt werden. Die bisherigen Kreditermächtigungen in Höhe von 500 Millionen Euro für die bereits bestehende „hsh finanzfonds AöR“ sollen auf zehn Milliarden erhöht werden. Bis 2018 soll die Bank verkauft werden.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Daniel Günther, bezeichnete in seiner Rede diesen Kreditrahmen als deutlich zu hoch. Die Finanzministerin habe an keiner Stelle nachvollziehbar darlegen können, warum sie die 16-Milliarden-Euro Ermächtigungen brauche. Es mache ihn skeptisch, wenn die Landesregierung mehr Ermächtigungen möchte, als sie belegen könne. „Mein Eindruck ist, dass die Landesregierung um jeden Preis eine weitere Befassung des Landtages bis zur Landtagswahl mit diesem unangenehmen Thema verhindern will. Und dazu will sie erreichen, dass in dieser Wahlperiode keine Verluste im Landeshaushalt entstehen“, so der Fraktionsvorsitzende. Unter anderem wolle die Landesregierung über die überhöhten Kreditermächtigungen weitere Kosten wie zum Beispiel Zinszahlungen finanzieren, um diese nicht im laufenden Haushalt abbilden zu müssen.

Wie auch die Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion in der vergangenen Woche wäre die CDU-Fraktion bereit gewesen, beiden Staatsverträgen in abgeänderter Form zuzustimmen. Da die Koalition jedoch an dem überdimensionierten Kreditrahmen festhalten wolle, sei dies nicht vorstellbar. „Wir ziehen die Daumenschrauben an zum Schutz unseres Landesvermögens und im Interesse der Steuerzahler“, erklärte Günther.

Es dürfe keine Schattenhaushalte geben, nur damit sich diese Regierungskoalition auf dem Papier finanzielle Spielräume eröffne, die es gar nicht gebe. „Jeder einzelne Kredit-Euro, den der Landtag heute bewilligt, darf einzig und allein der Übernahme der notleidenden Kredite gehen!“, forderte Günther.

Günther ging auch kurz auf aktuelle Presseäußerungen der Finanzministerin ein: „Kurz vor der Heiligsprechung stehen Sie, Frau Heinold, in Sachen HSH mitnichten. Ein wenig Selbstkritik zu eigenen Fehlern in rot-grünen Zeiten 2003 hätte geholfen. In ähnlicher Situation haben Sie die heute von uns eingeforderte Verantwortung nicht übernommen und sich komplett verweigert“, betonte Günther.

Koalitionsabgeordnete in namentlicher Abstimmung für so genannten Polizeibeauftragten Günther: SPD, Grüne und SSW fallen Polizei in den Rücken

Morgen wird es im Landtag auf Antrag der CDU noch einmal um den so genannten „Polizeibeauftragten“ gehen. Allerdings gaben die Abgeordneten von SPD, Grünen und SSW in namentlicher Abstimmung bereits heute die Mittel für die Einrichtung der entsprechenden Stellen im Haushalt 2016 frei.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, warf ihnen danach vor, den Polizeikräften im Land in den Rücken zu fallen. „Nachdem SPD, Grüne und SSW schon mit der Kennzeichnungspflicht dokumentiert haben, wie wenig sie unseren Polizistinnen und Polizisten vertrauen, liefern sie mit der Schaffung eines Misstrauensbeauftragten einen weiteren Beweis dafür, wie gering Ihr Vertrauen in unsere Ordnungshüter ist“, erklärte Günther in Kiel.

Die Regierungskoalition erwecke zunehmend den Eindruck, als sei es die oberste Pflicht der Politik, die Gesellschaft vor der Polizei zu schützen und nicht umgekehrt, die Polizei bei ihrem Einsatz für unseren Schutz vor Kriminalität zu unterstützen. Dabei hätten 84 Prozent der Menschen in Deutschland Vertrauen in die Polizei. Dieser herausragende Wert zeige, dass eine weitere Beschwerdestelle unnötig sei.

Die Polizei wolle diesen Beauftragten nicht und wehre sich dagegen. Polizisten hätten bereits heute starke Gewerkschaften und Personalräte, an die sie sich vertrauensvoll wenden können.

Auch wirksame Beschwerdestellen für Bürgerinnen und Bürger, die sich ungerecht behandelt fühlen, gebe es bereits bis hin zur Möglichkeit, diese online zu erheben. Ein zusätzlicher Misstrauensbeauftragter schaffe nur zusätzliche Arbeit.

“Was die Polizei tatsächlich braucht, ist ein Dienstherr, der sich schützend vor seine Beamtinnen und Beamten stellt, anstatt weiter Misstrauen gegen sie zu schüren“, so Günther.

CDU zu Diskussion über Mindestabstände bereit Landtag debattiert über Akzeptanz in der Energiewende



Petra Nicolaisen, kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Wie kann die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Energiewende erhalten werden? Mit dieser Frage befasst sich ein Antrag der FDP-Fraktion, der im Anschluss an die Haushaltsdebatte im Parlament diskutiert wurde. Die Fraktionen waren sich einig darin, dass eine umfangreiche Beteiligung der Öffentlichkeit unabdingbar sei.

In ihrer Rede wies die kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen, darauf hin, dass das OVG-Urteil vom 20. Januar 2015 die Möglichkeit stark begrenzt habe, den Bürgerwillen zu berücksichtigen.

„Windkraftplanung im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern muss oberstes Ziel bleiben. Einer verbindlichen Einbeziehung des Bürgerwillens sind rechtliche Grenzen gesetzt. Über die Umsetzung müssen wir aber reden“, betonte Nicolaisen. Denn das Gelingen der Energiewende hänge vor allem von der Zustimmung der betroffenen Menschen vor Ort ab.

Nicolaisen zeigte sich offen, über größere Mindestabstände zur Wohnbebauung nachzudenken, so wie es der vorliegende Landtagsantrag fordert. „Anlagengrößen und Technik haben eine rasante Entwicklung erfahren. Windkraftanlagen mit einer Höhe von 150 Metern sind Normalität, 180 Meter hohe Anlagen sind keine Seltenheit mehr“, unterstrich die Abgeordnete.

Kritisch zeigte sich Nicolaisen gegenüber der Forderung der FDP, den sogenannten „charakteristischen Landschaftsraum“ von einem Abwägungskriterium – wie es im aktuellen Winderlass geregelt ist - zu einem Tabukriterium hochzustufen, da dies der derzeit flexiblen Handhabung einen Riegel verschieben würde.

In den kommenden Monaten wird sich federführend der Innen- und Rechtsausschuss mit dem Antrag befassen.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de